

Antrag

**der Abgeordneten Christiane Schneider, Dr. Carola Ensslen,
Sabine Boeddinghaus, Deniz Celik, Martin Dolzer, Norbert Hackbusch,
Stephan Jersch, Cansu Özdemir, Heike Sudmann und Mehmet Yildiz (DIE LINKE)**

zu Dr. 21/19273

Betr.: Nicht nur reden, handeln: Hamburg nimmt 70 unbegleitete minderjährige Geflüchtete aus den griechischen Lagern auf – #WirhabenPlatz

Bereits im Oktober haben Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen die Bundesregierung dringend aufgefordert, unbegleitete minderjährige Geflüchtete aus Griechenland aufzunehmen und zusätzlich die bestehenden rechtlichen Spielräume für die Zusammenführung von Schutzsuchenden mit ihren Angehörigen in Deutschland im Rahmen des Dublin-Verfahrens im Sinne der Kinder und Jugendlichen zu nutzen. Getragen wird der Aufruf von insgesamt 19 Organisationen, unter anderem dem Deutschen Kinderhilfswerk e.V., PRO ASYL, der Diakonie Deutschland, dem PARITÄTISCHEN Wohlfahrtsverband Hamburg e.V., dem Ökumenischen Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche e.V., terre des hommes Deutschland e. V., dem Verband binationaler Familien und Partnerschaften iaf e. V. und dem BumF – Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge e.V.

Alle Berichte über die in Griechenland gestrandeten Geflüchteten zeichnen ein dramatisches Bild, insbesondere von der Situation in den drei total überfüllten Lagern in Moria auf Lesbos, auf Chios und Samos. Von den rund 4 100 unbegleiteten Minderjährigen in Griechenland leben mehr als drei Viertel in diesen Lagern oder auf der Straße oder sind „zu ihrem Schutz“ inhaftiert. Die Garantien der UN-Kinderrechtskonvention sind für sie obsolet. Der Zugang zu Schulbildung und medizinischer Versorgung ist ihnen weitestgehend versperrt, sie erhalten oft nur unzureichend zu essen und leben unter unerträglichen hygienischen Bedingungen. In Moria schlafen über 500 unbegleitete Kinder mit Erwachsenen in einem großen Lagerzelt, oft finden Kinder Schlafplätze nur auf Containerdächern, vielen bleibt zum Schlafen nur der nackte Boden. In den äußerst prekären Verhältnissen in den Lagern oder auf der Straße sind unbegleitete Minderjährige Gewalt, Missbrauch, Kinderprostitution oder anderen Formen von Ausbeutung schutzlos ausgeliefert. In Moria ist rund die Hälfte der circa 1 000 unbegleiteten Minderjährigen noch nicht einmal zwölf Jahre alt.

Vor diesem Hintergrund griff der niedersächsische Innenminister Pistorius Ende Oktober die Initiative der 19 Organisationen auf. Er forderte ein Sofortprogramm für die Aufnahme von rund 1 000 minderjährigen unbegleiteten Geflüchteten noch vor Einbruch des Winters. Gemeinsam mit Berlin und Thüringen startete Niedersachsen eine entsprechende Initiative: Niedersachsen will 100 unbegleitete Minderjährige aus Griechenland aufnehmen, Berlin 70 und Thüringen 25. Bei Bundesinnenminister Seehofer und der Mehrheit der Landesinnenminister und -senatoren stieß die humanitäre Initiative allerdings auf schroffe Ablehnung. Seehofer zog sich darauf zurück, dass Deutschland bereits finanzielle und technische Hilfe leiste, und sagte lediglich zu, die Asylverfahren für 50 unbegleitete Minderjährige zu beschleunigen und weiteren 94 Jugendlichen, die familiäre Beziehungen nach Deutschland haben, eine kurzfristige Aufnahme zu ermöglichen.

Die EU-Abschottungspolitik und das Hotspot-Systems sind ein Fiasko. Der GRÜNEN Fraktion und der SPD-Fraktion fallen angesichts des Dramas, das sich vor unser aller Augen abspielt, jedoch nichts anderes ein, als den Senat aufzufordern, in Berlin vorstellig zu werden und mehr Geld für den UNHCR zu fordern. Selbstverständlich braucht der UNHCR, den auch die Bundesrepublik Deutschland über viele Jahre finanziell hat austrocknen lassen, Geld zur Bewältigung dringendster Aufgaben in den Lagern am Rande der EU. Aber so billig darf sich Hamburg der eigenen humanitären Verpflichtung nicht entledigen. Hamburg hat Platz und Kapazitäten für die zusätzliche Aufnahme minderjähriger unbegleiteter Geflüchteter aus den europäischen Hotspots in Griechenland. Nicht zuletzt auch deshalb, weil die Zahlen minderjähriger unbegleiteter Geflüchteter, die nach Hamburg kommen, seit geraumer Zeit kontinuierlich sinken, mehrere Einrichtungen des LEB im Laufe der letzten Monaten bereits geschlossen wurden, weitere vor der Schließung stehen und weil LEB und andere Jugendhilfeträger freie Plätze in bestehenden Einrichtungen sowie qualifiziertes Personal haben.

Deshalb möge die Bürgerschaft beschließen:

Die Bürgerschaft fordert den Senat auf,

1. sich der Initiative Niedersachsens, Berlins und Thüringens mit der Zusage anzuschließen, 70 minderjährige unbegleitete Geflüchtete aus Griechenland aufzunehmen;
2. sich bei der Bundesregierung und in der IMK nachdrücklich dafür einzusetzen, dass Deutschland mindestens 1 000 minderjährige unbegleitete Geflüchtete aus Griechenland aufnimmt;
3. sich bei der Bundesregierung nachdrücklich dafür einzusetzen, dass Deutschland den UNHCR in Bezug auf die humanitäre Notsituation vor allem auf den griechischen Inseln finanziell unbürokratisch und zeitnah unterstützt, und sich parallel für eine nachhaltige Verbesserung der Situation der Geflüchteten auf europäischer Ebene einsetzt;
4. der Bürgerschaft über die Umsetzung dieser Initiativen zu berichten.